

Dringend gesucht: Wirkungsvolle Privatinvestitionen für Klimaprojekte

Soll die globale Erwärmung auf 1,5 Grad beschränkt werden, sind deutlich mehr klimarelevante Investitionen nötig. Das Seco will deshalb die Rahmenbedingungen für wirkungsvolle und nachhaltige Privatinvestitionen in Entwicklungsländern verbessern, zum Beispiel bei Projekten für erneuerbare Energien. *Patrick Renz*

Abstract Allein mit den bisher beschlossenen nationalen Klimaplänen und den öffentlich verfügbaren Mitteln ist die angestrebte Begrenzung auf eine globale Erwärmung um 1,5 Grad Celsius nicht realistisch. Der Einbezug des Privatsektors ist deshalb zwingend notwendig. Auch die Schweiz will in ihrer Entwicklungsfinanzierung den Privatsektor bei Massnahmen gegen den Klimawandel noch mehr einbinden. Neu interessieren sich auch die internationalen Finanzmärkte immer stärker für die klimabedingten Risiken: Die Nachfrage nach grünen Finanzanlagen steigt stark. Damit diese dringend benötigten Gelder effektiv investiert werden können, sind gerade in Entwicklungsländern bessere Rahmenbedingungen für den Privatsektor erforderlich. Erhöhte Investitionen sind aber nutzlos, wenn ihre Wirkung verpufft oder wenn sie ungewollte Nebeneffekte verursachen. Trotz der Euphorie über zusätzliche Gelder muss die Wirkung deshalb weiterhin im Zentrum stehen.

Während Davos die Besucher des World Economic Forum (WEF) 2019 tief verschneit und mit Minusgraden empfing, sprach der vom WEF publizierte World Risk Index deutliche Worte: Die drei grössten globalen Risiken für das Jahr 2019 stehen im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Gemeint sind extreme Wetterereignisse, Naturkatastrophen sowie das Scheitern von Politiken im Kampf gegen und zur Anpassung an den Klimawandel. Klimaforscher sagen für das laufende Jahr zudem eine Rückkehr des Wetterphänomens El Niño voraus, das für Stürme, Überschwemmungen und Dürren verantwortlich ist. Darüber hinaus wird für 2019 ein rekordhoher Anstieg von CO₂-Emissionen erwartet.

Ein Rückblick auf das vergangene Jahr unterstreicht dieses Bild: 2018 war das vierte Jahr in Folge mit einer globalen Durchschnittstemperatur von 1 Grad über dem vorindustriellen Niveau. Gemäss dem Bericht des Weltklimarats vom Oktober 2018 erreicht die globale Erwärmung voraussichtlich zwischen 2030 und 2052 die im Klimaübereinkommen von Paris angestrebte Obergrenze der Klimaerwärmung von maximal 1,5 Grad.

Für viele Regionen ist eine Klimaerwärmung von 1,5 Grad bereits heute Realität. So etwa für die Schweiz, wo die mittlere Jahrestemperatur seit Messbeginn sogar um 2 Grad gestiegen ist. Damit aber zumindest die glo-

bale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad begrenzt werden kann, muss bis 2050 weltweit CO₂-Neutralität erreicht werden. Das bedeutet: Ab diesem Datum darf die CO₂-Menge in der Atmosphäre nicht mehr steigen oder muss sogar reduziert werden.

Ungenügende Klimaschutzpläne

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die zwingend eine globale Lösung braucht. Entsprechend wurden im Dezember 2018 an den Klimaverhandlungen im polnischen Katowice wichtige Elemente zur Umsetzung des Klimaübereinkommens von Paris verabschiedet. So hat man sich unter anderem auf die Methodik geeinigt, die es in Zukunft möglich machen soll, den Fortschritt al-

ler Länder bei der Umsetzung ihrer Klimaziele zu überprüfen.

In Polen nicht zur Debatte standen die eigentlichen Ziele zur Einsparung bzw. Reduktion von CO₂-Emissionen, welche im Rahmen des Klimaübereinkommens von Paris durch die einzelnen Länder formuliert wurden. Diese reichen leider nicht einmal, um den weltweiten Temperaturanstieg unter 2 Grad zu halten. Zudem fehlen global verbindliche Vorgaben, wie die Länder ihre bisher ungenügenden Klimaschutzpläne in Zukunft schrittweise an die Klimaziele anpassen müssen.

Allein mit ambitionierteren Plänen der Länder wäre es aber nicht getan. Bei einem angestrebten maximalen Temperaturanstieg von 1,5 Grad Celsius und ohne weitere Massnahmen der Politik müssten gemäss dem Weltklimarat allein die weltweiten energiebezogenen Investitionen pro Jahr um durchschnittlich 830 Milliarden Dollar höher ausfallen als heute. Gerade in Entwicklungsländern reichen die öffentlichen Gelder, inklusive der klimarelevanten Mittel aus der internationalen Entwicklungsfinanzierung, nur für einen Bruchteil der benötigten Investitionen. Der Privatsektor muss deshalb zwingend eingebunden werden.

Ein fairer Schweizer Beitrag

Neben ihrer nationalen Klimapolitik unterstützt die Schweiz im Rahmen der

Das Gul-Ahmed-Windprojekt

Die Private Infrastructure Development Group (PIDG) ist eine Initiative, um private Mittel in Entwicklungsländern zu mobilisieren. Das Seco beteiligt sich daran. Ein Beispiel für ein PIDG-finanziertes Klimaschutzprojekt ist das Gul-Ahmed-Windprojekt in Pakistan. Da das Unternehmen Gul Ahmed Energy Schwierigkeiten bei der finanziellen Strukturierung und der Gewinnung von privaten In-

vestoren bei einem Projekt für erneuerbare Energien hatte, investierte PIDG sein Fachwissen und 15 Millionen Dollar in die Entwicklung eines 50-Megawatt-Windprojekts. Die PIDG-Investitionen mobilisierten zusätzliche 120 Millionen Dollar, wovon 69 Millionen aus dem lokalen Privatsektor kamen. Mit begrenzten Gebermitteln konnte Gul Ahmed den inländischen Privatinvestoren die Rentabili-

tät eines solchen Windprojektes beweisen und damit weitere Investitionen in den Sektor der erneuerbaren Energien Pakistans auslösen. Das Projekt reduziert die CO₂-Emissionen des Landes um 93 800 Tonnen pro Jahr und garantiert den Zugang zu Elektrizität oder verbessert diesen für mehr als 350 000 Menschen.



Um die Wirkung von klimafreundlichen Projekten in Entwicklungsländern zu erhöhen, kooperiert die Schweiz auch mit privaten Investoren.

internationalen Zusammenarbeit auch die Entwicklungsländer beim Kampf gegen den Klimawandel. Bereits an der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen hat man sich mit anderen Industrieländern gemeinsam dazu verpflichtet, ab 2020 insgesamt 100 Milliarden Dollar pro Jahr dafür zu mobilisieren. Die Gelder sollen aus öffentlichen und privaten Quellen stammen und die Entwicklungsländer bei der Umsetzung von Aktivitäten gegen den Klimawandel und zur Anpassung an dessen Folgen unterstützen. 2017 hat der Bundesrat in einem Bericht festgehalten, dass der faire Anteil der Schweiz an diesen 100 Milliarden ab 2020 450 bis 600 Millionen Dollar pro Jahr beträgt.¹ Dafür will der Bundesrat öffentliche Mittel und, zu einem massgeblichen Teil, mobilisierte private Mittel verwenden.

Die internationale Klimafinanzierung der Schweiz soll sich dabei aber nicht am Minimum – den 450 Millionen – ausrichten. Zu diesem Schluss kommen Experten des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), des Bundesamts für Umwelt (Bafu) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) in einem technischen Konzept zur verstärkten Mobilisierung des Privatsektors für klimafreundliche Investitionen in Entwicklungsländern. Gemäss diesem werden jährliche Schwankungen bei den Projektfinanzierungen, unterschiedliche Projektlaufzeiten oder Währungsschwankungen die Höhe der internationalen Klimafinanzierung der

Schweiz auch in Zukunft beeinflussen. Ein gewisser finanzieller Spielraum sei deshalb unabdingbar.

Die öffentlichen Mittel für die internationale Zusammenarbeit der Schweiz stagnieren derzeit, und neue Finanzierungsquellen für den globalen Klimaschutz wie etwa zweckgebundene Abgaben haben politisch wenig Chancen. Das bedeutet: Eine höhere Klimafinanzierung ist nur durch eine zunehmende Mobilisierung des Privatsektors möglich. Deshalb sollen der Ausbau von hierfür geeigneten bestehenden Initiativen (siehe *Kasten*), der Einsatz neuer Instrumente sowie die hierfür benötigten Ressourcen geprüft werden.

Globale Finanzflüsse als grösster Hebel

Das Klimaübereinkommen von Paris fordert zudem die klimafreundliche Ausgestaltung der Finanzflüsse. Denn durch die Investition in ein Kohlekraftwerk mit minderwertiger Technologie in einem Entwicklungsland kann beispielsweise ein Vielfaches der Emissionen in die Atmosphäre gelangen, als gleichzeitig durch öffentlich finanzierte erneuerbare Energiequellen eingespart werden. Lange Zeit wurden solche klimabedingten Risiken in den Portfolios von Banken, Versicherungen oder Pensionskassen nicht oder nur sehr bedingt berücksichtigt. Die angestrebte Begrenzung des maximalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad kann aber nur dann erreicht werden, wenn die Finanzmärkte mit ihrem Investitionsverhalten den Übergang zu einer klimaverträglicheren Weltwirtschaft begünstigen und nicht weiter bremsen. Allein

in der Schweiz werden Vermögen in der Höhe von rund 7,3 Billionen Franken verwaltet.

Wie sich am diesjährigen WEF zeigte, findet bei einem wachsenden Teil der Akteure ein Umdenken statt. Grüne Finanzanlagen, wie etwa Investitionen in erneuerbare Energiequellen, werden auch aus Renditeüberlegungen immer attraktiver. Die Nachfrage nach solchen Finanzprodukten ist in den letzten Jahren markant gestiegen. Das weltweite Emissionsvolumen von grünen Anleihen ist 2018 auf 167 Milliarden Dollar gestiegen (siehe *Abbildung*). Gemeinsam mit der Internationalen Finanz-Korporation (IFC) unterstützt das Seco deshalb die Förderung und die Qualitätssteigerung von grünen Anleihen aus Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die Bereitstellung von zusätzlichen Milliarden, um die Reduktion von Emissionen und die Anpassung an den Klimawandel zu finanzieren, genügt aber nicht. Gerade in Entwicklungsländern fehlen vorteilhafte Rahmenbedingungen und attraktive Investitionsmöglichkeiten für den Privatsektor, um klimafreundliche Investitionen zu erhöhen.

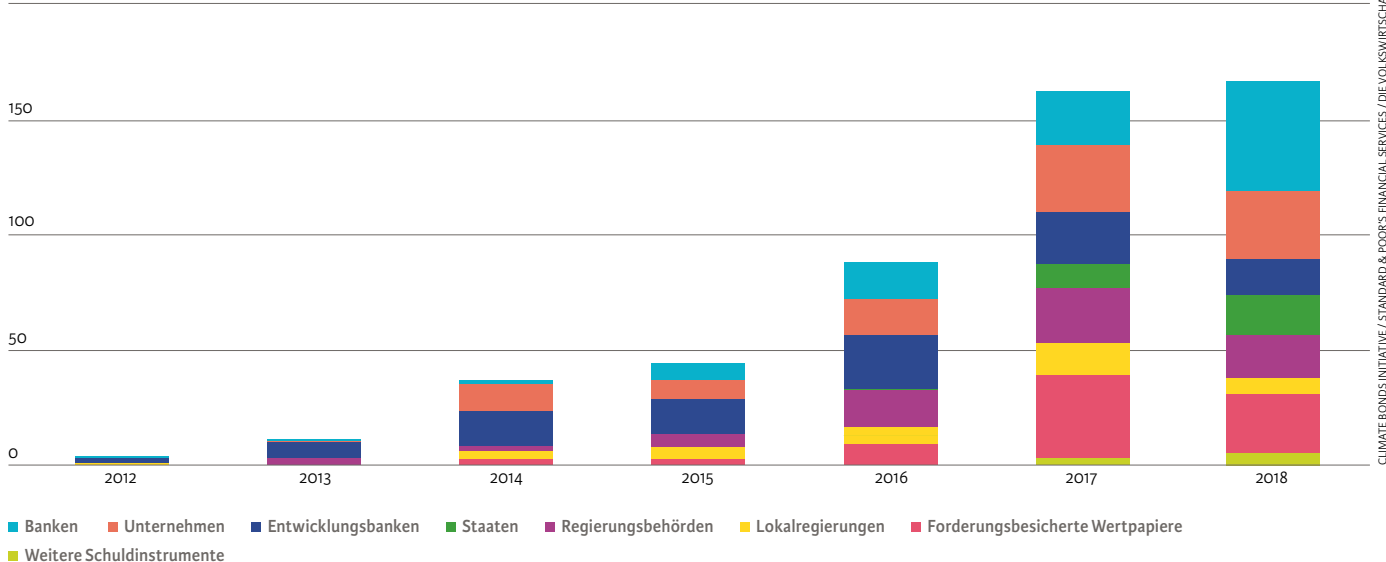
Rahmenbedingungen für private Investoren verbessern

Mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterstützt das Seco ein nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern. Dazu ist der Aufbau von günstigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Privatsektor zentral. So will man etwa

¹ Siehe Bundesrat (2017). Internationale Klimafinanzierung. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats 15.3798 vom 2. Juli 2015.

Als grün bezeichnete Bond-Emissionen nach Emittententyp (2012–2018)

200 Milliarden Dollar



CLIMATE BONDS INITIATIVE / STANDARD & POOR'S FINANCIAL SERVICES / DIE VOLKSWIRTSCHAFT

den Privatinvestoren helfen, ihre Risiken abzufedern, die mit einer Geschäftstätigkeit in Entwicklungsländern verbunden sind.

Neben der bilateralen Zusammenarbeit mit Partnerstaaten kooperiert die Schweiz auch mit den wichtigsten multilateralen Entwicklungsbanken. So beteiligt sich das Seco unter anderem am «Energy Sector Management Assistance Program» der Weltbank-Gruppe, welches in Entwicklungsländern nachhaltige Reformen des Energiesektors fördert. Hiermit unterstützt das Seco beispielsweise das Schwerpunktland Ägypten beim Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe.

Durch ihre finanzielle Beteiligung an den multilateralen Entwicklungsbanken ist die Schweiz auch ein aktives Mitglied in deren Leitungsgremien. Die Banken finanzieren klimaresiliente und emissionsarme Infrastrukturen und ermöglichen finanzierungsreife und klimarelevante Projekte, indem sie Risiken der wirtschaftlichen und technischen Machbarkeit minimieren. Die Weltbank-Gruppe will zwischen 2021 und 2025 insgesamt 100 Milliarden Dollar aus eigenen

Mitteln und zusätzlich den gleichen Betrag aus mobilisierten Mitteln für die Klimafinanzierung bereitstellen.

Die Wirkung macht den Unterschied

Die Kooperation von öffentlichen und privaten Akteuren könnte den Weg zur Begrenzung des maximalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad ebnen. Hierfür ist es allerdings zwingend, dass die Wirkung der eingesetzten Finanzmittel nicht verpufft oder ungewollte Nebeneffekte verursacht. Eine innovative Lösung zum effizienteren Energieverbrauch ist beispielsweise nur dann sinnvoll, wenn die Konsumenten die eingesparte Energie nicht für eine zusätzliche, ineffiziente Lösung nutzen.

Wichtig ist auch ein effektiver Umgang mit ökologischen, sozialen und Führungsrisiken. So können etwa der Abbau von Subventionen für fossile Treibstoffe oder die Schliessung von Kohleminen gerade die ärmere Bevölkerung eines Landes durch höhere Preise oder Jobverlust empfindlich treffen. Um soziale Probleme für ganze Re-

gionen zu verhindern, müssen öffentliche und private Investoren gemeinsam mit den betroffenen Akteuren sozialverträgliche und nachhaltige ökologische Lösungen suchen. Die multilateralen Entwicklungsbanken sind heute wichtige Akteure in der Förderung von global akzeptierten Standards. Ein Beispiel sind die sogenannten Äquator-Prinzipien, ein freiwilliges Regelwerk von Banken zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards bei Projektfinanzierungen. Auch in Zukunft sind diesbezüglich grosse Anstrengungen aller involvierten Akteure gefordert.



Patrick Renz

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Multilaterale Zusammenarbeit, Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), Bern

Für ein ganzes Leben

Die Rotkreuz-Dienstleistungen in der Schweiz

Jetzt informieren
dienstleistungen.redcross.ch



Begleiten, Unterstützen, Stärken.
Wir sind da. Ganz in Ihrer Nähe, für Sie und Ihre Familie,
für mehr Menschlichkeit.

Schweizerisches Rotes Kreuz 